

# **DKP-Informationen**

**Nr. 3/2010 - 29.Juni 2010**

## **11. Parteivorstandstagung**

**27. Juni 2010  
Essen**

**Referat  
Beschlüsse**

---

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP  
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen  
- Eigendruck -  
Kostenbeteiligung:1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

# 11. Tagung des Parteivorstands der DKP

27. Juni 2010, Essen

---

## Inhalt

Tagesordnung  
Referat  
Personalvorschläge des Parteivorstandes  
Beschlüsse  
Aufruf „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“  
Leistet Widerstand Text von Künstlerinnen und Künstlern gegen Rechts  
Aufruf Dortmund stellt sich quer

## Tagesordnung der 11. PV Tagung

1. Begrüßung, Abstimmung über die Regularien
2. Zur politischen Entwicklungen in der Krise  
Schlussfolgerungen daraus für die Tätigkeit der DKP zu einem Personalvorschlag des Parteivorstandes an den 19. Parteitag  
Referent: Heinz Stehr
3. Diskussion
4. Wahlen der Genossinnen und Genossen, die auf den Vorschlag des Parteivorstandes zum Parteitag kandidieren
5. Beschlussfassung
  - a) Zu Anträgen zum Statut der DKP
  - b) Zum Pressefest 2011
6. Schlusswort

# 10. Tagung des Parteivorstands der DKP

## 27./28. März 2010, Essen

---

Referat des Sekretariats:

### **Zur politischen Entwicklungen in der Krise Schlussfolgerungen daraus für die Tätigkeit der DKP zu einem Personalvorschlag des Parteivorstandes an den 19. Parteitag**

Heinz Stehr

Gliederung

- I. 19. Parteitag, welche Bedeutung sollte er haben
- II. Politische Herausforderungen in dieser Zeit
- III. Konkrete Ziele: Resolution, Aktionsorientiertes Forderungsprogramm, Politikwechsel durchsetzen, Antrag zur Stärkung der UZ
- IV. Begründung Vorschläge für Personalkonzept
- V. Ausblick

I.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Herausforderungen für den 19. Parteitag ergeben sich vor allem aus der entstandenen politischen Situation. Die bisher wahrnehmbaren Folgen der Krise verschlechtern die Lebensverhältnisse für den größten Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gilt es, Alternativen zu entwickeln und eine andere Entwicklungsrichtung in der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. Veränderungen sind jedoch nur denkbar, wenn es zu großen Massenbewegungen kommt, die von unterschiedlichen linken progressiven, antikapitalistischen, sozialistischen und kommunistischen Kräften gemeinsam getragen werden. Mehrheitspositionen, wie gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, gegen die Rente mit 67, für mehr Gerechtigkeit müssen durch außerparlamentarischen Druck so dominant werden, dass auch parlamentarische Mehrheitsverhältnisse für diese Politik entstehen.

Aktuell ist die Hauptgefahr in der Bundesrepublik Deutschland eine Rechtsentwicklung, ähnlich wie sie sich bereits in anderen EU-Ländern auch bei Wahlen zeigt. Möglich ist es, dass es in der Bundesrepublik zu einem noch gravierenden Abbau demokratischer Rechte kommen wird. Reaktionäre Tendenzen sind unübersehbar. Sie könnten bei der vorhandenen Bewusstseinslage Massenwirksamkeit erhalten. Dagegen gilt es, Widerstand zu organisieren.

Die DKP muss in dieser Situation handlungsfähiger werden. Das erfordert auch Überlegungen, wie wir unsere realen Kräfte so einsetzen, dass sie maximale Wirkung erzielen. Eine Voraussetzung dafür, unsere Tätigkeit zu verstärken und mehr Wirksamkeit zu erreichen ist, mehr politische Übereinstimmung in der Partei herzustellen und gemeinsam entsprechend den beschlossenen politischen Zielstellungen zu handeln. Die DKP-Mitglieder werden nur dann werbend für die eigene Partei wirken, wenn wir in den Bewegungen aktiv sind, und wir dort als politischen Faktor wahrgenommen werden, der sowohl Ideen vermittelt als auch solidarisch mit anderen zusammen kämpft und diskutiert.

Die innerparteilichen Kontroversen müssen wir in einem Diskussions- und Entscheidungsprozess klären. Es geht auch um den gesellschaftspolitischen Wert der DKP, sie ist kein Selbstzweck, sondern auch und vor allem eine Kraft, progressive gesellschaftlichen Verhältnisse gemeinsam mit anderen durchzusetzen..

## II.

Liebe Genossinnen und Genossen, was sind die konkreten Herausforderungen, mit denen wir es derzeit zu tun haben?

Wir haben uns bereits in mehreren PV-Tagungen gründlich mit der Analyse und den Schlussfolgerungen aus der Krise beschäftigt. Aktuell erleben wir einen umfassenden Sozialabbau, der sich „Sparpaket“ nennt und sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landes- und Kommunalebene wirkt. In Wahrheit ist dies ein Programm zur Umverteilung der Lasten auf die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, auf die Arbeiterklasse, die Mittelschichten und Bauern, während die Großbourgeoisie ungeschoren bleibt. Selbst die angeblichen Belastungen der Reichen sind Lügen. Sie bieten in jedem Fall die Möglichkeit, die Kosten auf die Konsumenten, bzw. auf andere Teile der Bevölkerung abzuwälzen. Trotzdem kündigt z. B. das Handelsblatt schon an, dass dieses „Sparpaket“ eigentlich eine Mogelpackung sei und weitere „Sparpakete“ dieser Art notwendig werden. In der Zeitung "direkt" der IG Metall, wird schon für das aktuelle sogenannte Sparpaket errechnet, dass die Kürzungen im Bereich Sozialausgaben 30,3 Prozent ausmachen, die Kosten "Ersparnis" für die Verwaltung beträgt 13,4 Prozent, das heißt konkret: Soziales und Arbeitsplätze werden gestrichen.

Das vorliegende „Sparpaket“ trifft in der direkten Wirkung die Armen und die Arbeitslosen. Allerdings setzt es auch Beschäftigte wie Belegschaften unter Druck, es entsteht Angst vor einem möglichen sozialen Abstieg. Gegen diese Angst hilft vor allem Solidarität.

Ein besonderer Skandal ist, dass das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger gestrichen wird, 30 Milliarden EURO werden Arbeitslose und Familien weniger erhalten. Ab 2012 soll an der Steuerschraube gedreht werden. Wir können sicher sein, zu wessen Lasten dies gehen wird. Kürzlich erschien eine Studie vom DIW, die zu dem Schluss kommt: "Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer." Dort wird u. a. errechnet, dass das 80-Milliarden-Sparpaket eine Entlastung - wie es heißt - von Top-Verdienern bringen wird, während die Armut dramatisch ansteigen wird. Mehr als 800.000 Menschen in der Bundesrepublik haben ein investierbares Vermögen von mehr als 1 Million EURO und gelten deshalb als reich. (Handelsblatt 10.Juni 2010) Diese Reichtums-Wachstumstendenzen werden sich verstärken, während gleichzeitig soziale Strukturen und Sicherungen beschleunigt abgebaut werden. Auch anhand der Zahlen und Fakten ist belegt: "Wer den Reichen nichts nimmt, der kann den Armen nichts geben." Oder anders herum: Wachsende Armut einerseits fördert wachsenden Reichtum in dieser neoliberalen kapitalistischen Gesellschaft

Obwohl bereits tausendfach von uns gesagt, muss anhand von Fakten immer wieder unsere Argumentation erneuert werden, wie ungerecht diese Gesellschaft ist und wie sich das konkret auswirkt. Wir müssen die Entwicklung des Massenbewusstseins in die Richtung zu mehr Klassenbewusstsein fördern. Das Gerechtigkeitsproblem kann viele motivieren, aktiv zu werden.

Aktuell erleben wir neue Entwicklungen in der von uns bereits öfters festgestellte Krise des Parlamentarismus und der tragenden Parteien. Trotz eines zugespitzten Wahlkampfes in NRW beteiligten sich nur 59 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung an der Abgabe der Stimmen. Die sogenannten großen Volksparteien verloren Stimmen. Regierungskoalitionen, wie immer sie aussehen mögen, repräsentieren Minderheiten der Wahlbevölkerung. Es gibt keine Legitimation einer Regierung durch Mehrheiten. Alle taktischen Varianten zur Herausbildung einer möglichen Regierungsvariante in Nordrhein-Westfalen sind Ausdruck eines labileren Zustandes dieser parlamentarisch verfassten bürgerlichen Demokratie. Die Parteien, die dieses neoliberale System tragen, sind mehr und mehr einem Zersetzungsprozess ausgesetzt, der gegenwärtig verstärkt wird durch die Krise und deren Auswirkungen. Das Vertrauen der Bevölkerung in Parlament und Parteien schwindet.

Es wäre allerdings völlig falsch, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass sich daraus automatisch Möglichkeiten zu einem fortschrittlichen Politikwechsel ergeben. In der nächsten Zeit ist und bleibt die Hauptgefahr einer Rechtsentwicklung auch deswegen, weil Sozialdemokraten und Grüne bisher jeden Ansatz vermissen lassen, einen wirklichen Politikwechsel im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Eine

solche Politik würde es erfordern, Entscheidungen in Konfrontation zum Großkapital durchzusetzen. Dafür gibt es zur Zeit kaum Voraussetzungen in beiden Parteien.

Entscheidende Teile des Großkapitals signalisieren derzeit Unzufriedenheit mit dem politischen Personal der Bundesregierung. Sie fordern eine schärfere Gangart des Sozial- und Demokratieabbaus. Gleichzeitig fürchten die Regierenden den weiteren Verlust ihrer Legitimation durch Wählerinnen- und Wählerschwund. Die Folge auch dieser Situation ist eine nachvollziehbar wachsende Labilität der Verhältnisse. Die Entstehung eines politischen Vakuums könnte ähnlich wie bereits in den Niederlanden, Belgien, Ungarn und vielen anderen Ländern durch ultrarechte Kräfte genutzt werden.

Wir haben schon in vielen Referaten, Artikeln, öffentlichen Materialien des öfteren darauf hingewiesen, dass es einerseits einen Aufschwung an außerparlamentarischen Aktivitäten gibt, andererseits alle Bewegungen bisher nicht annähernd ausreichend stark sind, um einen Politikwechsel durchzusetzen.

Wir müssen uns intensiver mit den Fragen beschäftigen, was sind die Ursachen hierfür? Was sind Voraussetzungen, um die Durchschlagskraft von Aktionen und Bewegungen zu erhöhen?

Eine Antwort auf diese Frage ist die Tatsache, dass es nur partiell gelungen ist, die Arbeiterbewegung, vor allem die Gewerkschaften, in die Auseinandersetzung einzubeziehen. Eine andere Teilantwort ist, dass es nicht gelungen ist, die unterschiedlichen außerparlamentarischen Bewegungen koordinierend miteinander in große Aktionen und Bewegungen zusammenzuschließen. Ein Mangel bleibt, dass vieles, was an Aktivitäten entwickelt wird, zentral ausgedacht wird und nicht wirklich von unten politisch aus den Betrieben und Verwaltungen, aus der Kommune gewachsen ist. Die Anlage vieler Aufrufe und Aktionsorientierung ist politisch zu eng. Die Folge davon ist, dass sich andere Kräfte bzw. Bewegungen nicht angesprochen fühlen.

Wer eine Massenbeteiligung durch bisher noch reformistisch orientierte Teile der Arbeiterbewegung für Protestbewegung erreichen will, der muss sich diesen gegenüber öffnen und um sie werben. Das heißt nicht, darauf zu verzichten, klare politische Inhalte und Forderungen zu formulieren, das erfordert aber auch mühevoll Diskussions- und Arbeitsprozesse gerade in Betrieben, Verwaltungen und Gewerkschaften. Es muss den Aktivisten der Bewegungen klar sein, dass, wenn wir die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen nicht gewinnen können, es keine Möglichkeit gibt, die Kräfteverhältnisse nachhaltig so zu verändern, dass ein Politikwechsel möglich wird.

Wir sollten bei der Organisation von Aktionen dafür werben, mit politischen Inhalten und den Formen des Kampfes die Mehrheit der Betroffenen zu mobilisieren. Bestrebungen, den Antikapitalismus als Eingangsvoraussetzung für Bewegungen zu erheben, sind objektiv schädlich für erfolgreiche Kämpfe. Politische Losungen erreichen ihr Ziel, wenn sie massenwirksam zur Mobilisierung beitragen.

Eine besondere Herausforderung stellt die Mobilisierung der Ausgegrenzten, von Armut Betroffenen dar. Wo wir die Möglichkeit und Kraft haben, sollten wir vor Sozialämtern oder Argen aktiv werden, evt. auch Foren oder Beratungen anbieten.

Gewerkschaften, Sozialverbände und karitative Einrichtungen sollten sich nicht ausschließlich als Helfer anbieten, sondern auch aktiv sein, um die Betroffenen zu mobilisieren, für die eigenen Rechte zu kämpfen. Ohne Gewerkschaften kann auch dieser Kampf nicht erfolgreich geführt werden.

Auch manche Erfahrungen aus Erfolgen von Bewegungen in dieser Zeit unterstreichen diese Feststellung:

Die antifaschistische Bewegung ist vor allem deswegen mit verschiedenen Aktionen und Blockaden auch erfolgreich, weil die Gewerkschaftsbewegung sich massiver als zu anderen Zeiten in die antifaschistische Auseinandersetzung integriert hat.

Die Menschenkette gegen die Verlängerung der Laufzeit der AKW wäre nicht erfolgreich gewesen, wenn nicht DGB und Einzelgewerkschaften mobilisiert hätten und auch das organisatorische Rückgrat für diese Bewegung geschaffen hätten.

Auch von daher sind wir gefordert, sehr genau zu überlegen, welche Beiträge wir für das Zusammenführen der Kräfte leisten können. Dies gilt auch dann für die ganz praktische Umsetzung z. B. einer Aktionsorientierung, ob es in der jeweiligen Demonstration richtig und politisch wirksam ist, z. B. antikapitalistische Blöcke zu bilden oder nicht. Und wie es ist mit der Position der DKP zur Einheitsgewerkschaft und daraus folgend zu den Betriebsratswahlen.

Es geht um die Entwicklung einer DKP, die die Formierung von Klassenposition ermöglicht. Und dabei geht es um die Vermeidung von Fehlern z. B. durch Dogmatismus und Sektierertum.

Um es noch einmal klar zu sagen. Unsere politische Positionierung zur Einheitsgewerkschaft heißt nicht, auf richtige politische Inhalte oder gar auf Auseinandersetzungen mit Positionen

zu verzichten, die auf Sozialpartnerschaft oder auf Ko-Management setzen. Es heißt auch nicht, dass wir z. B. Ausschlussverfahren gegen kritische Mitglieder in Gewerkschaften unterstützen. Aber es heißt, dass wir unsere Politik und unser Eingreifen mit dem Ziel entwickeln, konstruktive Debatten zu führen, um zu mehr Einheit und zu mehr Durchschlagskraft für die Gewerkschaftsbewegung zu gelangen. Dabei beachten wir den Prozesscharakter von Bewusstseinsentwicklungen. Für uns sind Solidarität, Aktionseinheit und Bündnispolitik nicht leere Begriffe. Sie sind Ausdruck von politischen Erkenntnissen und gewonnenen historischen und aktuellen politischen Erfahrungen.

In der Diskussion zu nächsten Aktivitäten sollten wir unsere Meinung einbringen, z. B., dass politische Veränderungen nicht nur über zentrale Aktionen gelingen können. Um politisch durchsetzungsfähig zu werden brauchen große Bewegungen Aktivitäten aus Betrieben, Verwaltungen und von vor Ort. Eine Breite der Bewegung entwickelt sich durch gemeinsames politisches Wirken und konkrete Erfahrungen vor Ort. Die Umsetzung der Aktionsorientierung erfordert zwingend die Einbeziehung der Arbeiterbewegung. Der DGB-Kongress hat kaum Anregungen für eine stärkere Aktionsorientierung gegeben. Es gilt daran zu arbeiten, dass die Weiterentwicklung von Widersprüchen auch zu einem neuen Verhalten von Gewerkschaften führen. Das ist auch für die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung eine zentrale Frage, wenn sie Einfluss und neue Mitglieder gewinnen will.

Kommunistinnen und Kommunisten müssen die Politik der Aktionseinheit zur Einbeziehung von sozialdemokratisch orientierten Kräfte entwickeln. Es gibt neue Möglichkeiten auch durch die Tatsache, dass die SPD im Bund und in vielen Ländern in der Opposition ist. Bei dieser Orientierung auf SPD-Mitglieder und Wähler übersehen wir nicht, dass es auch ein taktisches Verhältnis der Führung der SPD zur Mitarbeit in den Bewegungen gibt. Diese Taktik ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite ist, dass es neue Möglichkeiten gibt, in der Aktionseinheit in Bewegungen mit weitergehenden politischen Inhalten Bewusstseinsentwicklungen voranzutreiben. Wir werden gefordert sein, die Aktionswoche von Ver.di vom 25. - 30. Oktober zu unterstützen, die vor allem auf örtlich dezentrale Aktionen orientiert. Wir sind herausgefordert, die Demonstrationen des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 8. Oktober in Brüssel und die IG Metall-Aktionswoche im November zu unterstützen.

III.

Liebe Genossinnen und Genossen, diesen politischen Herausforderungen müssen sich die Mitglieder der DKP, ihre Gliederungen und so auch die Delegierten zum 19. Parteitag stellen.

Die DKP muss sich als Kraft zeigen, die einen Beitrag leistet zur Schaffung, Politisierung und Verbreiterung einer durchsetzungsfähigen Bewegung.

Der 19. Parteitag muss die Aufgabe leisten zu beweisen, dass die DKP-Mitglieder fähig und in der Lage sind, eine überzeugende politische Analyse zur Krisenentwicklung zu erarbeiten, dass wir daraus Schlussfolgerungen ziehen für die nächsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und notwendigen Klassenkämpfe, mit dem Ziel, mehrheitsfähige Positionen und mehrheitsfähige Politik zu entwickeln, und dabei stets beweisen, dass wir berechenbar sind als Partner und solidarischer Mitstreiter in diesen Kämpfen. Es geht auch darum, Inhalte des Parteiprogramms in konkrete Politik umzusetzen. Dieser Anspruch muss auch durch die Erarbeitung der politischen Resolution des 19. Parteitages geleistet werden. Wir sind gefordert, politische Alternativen zu benennen und unsere Vorschläge für einen politischen Richtungswechsel und für die Gestaltung einer anderen Perspektive auf der Grundlage des Programms zu erarbeiten.

Die Resolution sollte nach der Beschlussfassung als Material genutzt werden, um in den Bewegungen den Standpunkt der DKP einzubringen. Entsprechend sollten wir bei der weiteren Erarbeitung des Dokuments darauf achten, dass es nicht nur unser Selbstverständnis darstellt, sondern auch als massenwirksames Diskussionsangebot geeignet ist.

Ähnliches gilt für das "Aktionsorientierte Forderungsprogramm Politikwechsel erkämpfen". Mit ihm wollen wir vor allem ganz konkrete Inhalte benennen, die wir mit einem Politikwechsel verbinden und die in ihrer Zusammenfassung deutlich machen, dass es darum geht, unterschiedliche Bewegungen zu außerparlamentarischen gesellschaftlichen Allianzen zusammen zu führen. Auch dieser Antragsentwurf muss überarbeitet werden, konkretisiert und verbessert werden. Es muss überprüft werden, ob der Vorwurf gerechtfertigt ist, dass es zu viele Einzelforderungen gibt, die insgesamt alle hinlänglich bekannt wären. Der Hinweis, stärker unbedingt jugendpolitische Forderungen stärker aufzunehmen, ist bei der Bearbeitung umzusetzen.

Beide Dokumente stellen eine Einheit dar, erfüllen jedoch, vor allem in ihrer Außenwirkung jeweils unterschiedliche Aufgaben. Das Aktionsorientierte Forderungsprogramm kann z. B. sehr hilfreich sein zur Formulierung ganz konkreter Forderungen im Betrieb, in der Verwaltung oder auch in der Öffentlichkeit vor Ort, während die politische Resolution sehr viel deutlicher Zusammenhänge der unterschiedlichen politischen Themen, zur Analyse und zu Schlussfolgerungen aus der Krise heraus erarbeitet und als Gesamtdokument wirkt. Der

Partei Vorstand sollte sich dafür einsetzen, dass beide mit übergroßer Mehrheit durch den Partei Vorstand beschlossenen Entwürfe nach der Qualifizierung durch die Antragsberatung auf dem Parteitag angenommen werden und damit die politische Grundlage für das Handeln in den nächsten Jahren bilden. Damit schaffen wir uns weitere Voraussetzungen, den Prozess einer stärkeren Profilierung der DKP in Bewegungen und bei Aktionen fortzusetzen.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde in den letzten zwei Jahren konstruktiv weiterentwickelt. Losungen von uns, wie zur notwendigen Überführung von privatem in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle, die Analyse der Krise als eine kapitalistische Krise wurden und werden von zunehmend größeren Teilen von "bewegten" Menschen aufgenommen. Antikapitalismus ist stärker geworden in fast allen Bewegungen. Sozialistische Zielvorstellungen sind in Bewegungen zumindest partiell diskutierbar geworden. Darauf sollten wir aufbauen. Uns muss es vor allem darum gehen, diese Ansätze zu erweitern, um zu einer verstärkten Aktionseinheit der politisch unterschiedlich orientierten Teile der Arbeiterklasse zu kommen.

Wir benötigen ein politisches Projekt in Form von alternativen politischen Forderungen, das die Vorstellungen von Alternativen auch zur Grundlage für eine neue Handlungsbereitschaft wachsen kann. Das gilt z. B. für Vorstellungen wie öffentliches Eigentum, z. B. bei den Banken zu schaffen, das demokratisch zu kontrollieren ist, oder ein einheitliches Sozialversicherungssystem zu schaffen, das erworbene Leistungen tatsächlich schützt und soziale Sicherheit garantiert. Das gilt ebenso für die Forderung Bildung und Ausbildung ausschließlich auf die Interessen der Jugend orientiert umzubauen. Erste Gedanken haben wir in der Erklärung zum Sparprogramm der Bundesregierung als Alternative zu diesem „Sparpaket“ entwickelt.

Meines Erachtens muss der Partei Vorstand an einem solchen Dokument arbeiten, das wir dann auch als Diskussionsstandpunkt mit in die Bewegungen einbringen. Der Kern von breiten gesellschaftlichen Allianzen muss vor allen Dingen die in der Aktionseinheit handelnde Arbeiterbewegung werden. Auch deswegen lehnen wir die Position des Berliner Antrages zum Parteitag ab, der als Gegenantrag zu den Anträgen des Partei Vorstandes eingebracht werden soll und am letzten Sonntag auf der Landesmitgliederversammlung in Berlin beschlossen wurde. Er stellt letztlich eine Position dar, die die DKP eher isolieren wird, statt ihr neue Möglichkeiten zu bieten. Er lässt viele bereits erarbeitete Analysen und Standpunkte unseres Programms weitgehend außer Acht. Dieser Antrag dient nicht der Profilierung der DKP. Er ist geeignet, die DKP zu isolieren. Verbalradikalismus, eine Formulierung der Offensive um der Offensive willen, eine scheinradikale Haltung gegenüber

den Gewerkschaften wird auch vor dem historischen Hintergrund vieler Erfahrungen schaden und nicht nutzen.

Aus der formulierten Sorge vieler Genossinnen und Genossen um die Weiterentwicklung der DKP und um die Eskalation des innerparteilichen Streits sollten wir die Schlussfolgerungen ziehen, dass jetzt alle Mitglieder der DKP, aber vor allem auch die gewählten Leitungen in der Verantwortung stehen, den notwendigen Streit zu versachlichen und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der DKP zu verstärken. Es gilt alles zu unterlassen, was jeweils Genossinnen und Genossen mit anderen Positionen diffamiert. Die Debatte muss mit inhaltlichen Argumenten sachlich geführt werden.

Zur Entwicklung der DKP und der Politik haben jetzt vor allem die Delegierten das Wort und sie haben auch die Verantwortung für Entscheidungen, die die Verfasstheit der DKP und die politischen Zielstellungen dann für die nächste Zeit bestimmen. Das gilt auch für Erfahrungen mit Mandaten in der Kommunalpolitik.

#### IV

Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteitag hat auch die Pflicht, gründlich über ein neues Personalkonzept für die Führung der DKP zu beraten und zu beschließen. Das sollte gut vorbereitet sein. Und es sollte nicht der individuellen Entscheidung der Delegierten überlassen bleiben, wer gewählt wird. Zur Beurteilung auch des Personalkonzepts sind Kriterien notwendig. Einige davon sind:

- § Wichtig ist auch die soziale Herkunft und die politische Verankerung von Kandidatinnen und Kandidaten. Die politische Orientierung auf die Arbeiterklasse verlangt Mitglieder des Parteivorstandes, die aus Betrieben, Verwaltungen und Gewerkschaften kommen, um ihre Erfahrungen in die Führungstätigkeit einzubringen. Zu beachten sind die politischen Erfahrungen, z.B. die Verankerung von Genossinnen und Genossen in Bewegungen, in kommunalen Interessenvertretungen, ihre Fähigkeit aus diesen Erfahrungen Schlussfolgerungen zu ziehen und diese nutzbar zu machen für die Führungstätigkeit der Partei. Wir benötigen die Erfahrung aller Generationen, um Politik zu entwickeln.
- § Funktionsträger müssen ihre Tätigkeit auf der Grundlage des beschlossenen Programms und Statuts leisten. Eine Weiterentwicklung von Politik auf die konkreten Bedingungen bezogen, ist außerordentlich schwierig, wenn es keine Übereinstimmung in wesentlichen Grundpositionen gibt. Diese Feststellung schließt ein, dass Meinungsstreit, das Organisieren von Diskussionen verbunden werden muss mit innerparteilicher Demokratie und Beschlussverbindlichkeit.

- § Wir sollten darum ringen, den Anteil der Genossinnen auf 50 Prozent der Parteivorstandsmitglieder zu erweitern. Falls dies nicht geht, müssen wir einen Beschluss darüber fassen, dass entsprechend dem Anteil der Genossinnen an der Mitgliedschaft mindestens auch Genossinnen zu wählen sind. Offensichtlich benötigen wir einen neuen Anschub, um die 50prozentige Quotierung tatsächlich in einem Prozess durchsetzen zu können.
- § Genossinnen und Genossen, die vorgeschlagen sind, sollten, wenn möglich, die Unterstützung der Grundorganisationen, Kreise und Bezirke bzw. Bundesländer haben. Eine solche Unterstützung stärkt das Mandat, stärkt die Genossinnen und Genossen in der schwierigen Tätigkeit, Führungsarbeit mit zu entwickeln. Vergangene Parteitage zeigten, dass das nicht in jedem Fall möglich war. Hier muss dann jeweils auch eine Einzelentscheidung möglich sein. Ein Hemmnis ist dabei die entwickelte innerparteiliche Auseinandersetzung.

Diese und weitere Überlegungen haben uns veranlasst, Euch diesen Personalvorschlag des Sekretariats an den Parteivorstand vorzulegen. Wie Ihr seht, geht es dabei um die Zusammensetzung des Parteivorstandes, der Zentralen Revisions- und der Zentralen Schiedskommission. Wir sollten im Rahmen des möglichen gründlich darüber diskutieren und dann eine Wahl durchführen, um dem Parteitag den Vorschlag des Parteivorstandes vorzulegen.

Ebenfalls liegen Euch heute Vorschläge für die vorläufige Antragskommissionen zur Vorbereitung des Parteitages vor. Auch dabei gilt, möglichst Genossinnen und Genossen vorzuschlagen, die diese Aufgabe lösen können.

Lasst mich jetzt einiges zur notwendigen Veränderung sagen.

Wie Ihr aus dem Vorschlag entnehmt, schlagen wir für den Parteivorsitz die Genossin Bettina Jürgensen vor. In vielen Diskussionen zwischen dem 18. und 19. Parteitag wurde dieser Vorschlag entwickelt. Bettina bietet Voraussetzungen, dass die DKP auf der beschlossenen Grundlage des Parteiprogramms und des Statuts sich weiterentwickeln kann. Sie bringt außerordentliche Fähigkeiten ein. So ist sie jahrelang Betriebsratsvorsitzende gewesen, leistet aktive Gewerkschaftsarbeit, ist verankert in der antifaschistischen und auch in anderen Bewegungen ihrer Heimatstadt Kiel. Sie hat seit 1990 verantwortlich die Funktion der Bezirksvorsitzenden in Schleswig-Holstein ausgeübt, verfügt über Erfahrungen in der Leitungsarbeit. Sie hat eine hervorragende persönliche Ausstrahlung und genießt hohe Anerkennung nicht nur in Kiel und nicht nur in der Bezirksorganisation der DKP Schleswig-

Holstein. Sie hat seit zwei Jahren im Sekretariat des Parteivorstandes mitgearbeitet. Sie verfügt ebenfalls über besondere Fähigkeit, bei Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen konstruktiv zu wirken, ohne den eigenen Standpunkt zu verbergen. Mit ihr kann eine gewisse neue Aufbruchstimmung der DKP verbunden werden.

Da wir Genossin Nina Hager und Genossen Leo Meyer als stellvertretende Vorsitzende vorschlagen, ergibt sich auf dieser Ebene der Vorsitzenden eine stabile Führungsstruktur, die noch ergänzt wird durch den Vorschlag, den Genossen Klaus Weißmann später bei der Wahl des Sekretariats für den Organisationsbereich zu wählen.

Eine gravierende Veränderung wird ebenfalls die Neuwahl eines Kassierers des Parteivorstandes sein. Nach Jahrzehnten - ich muss es in diesem Fall sagen - wirklich aufopferungsvoller Tätigkeit ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, den Genossen Christian Koberg von dieser Funktion zu entlasten. Wir schlagen für ihn den Genossen Werner Sarbok vor.

Da der Wechsel des Parteivorsitzenden ein Einschnitt ist, dazu einige Argumente, warum dies aus meiner Sicht notwendig ist.

- § Nach Jahrzehnten Führungsarbeit ist es unbedingt notwendig, auch mit den Erfahrungen einer nächsten Generation die komplizierten politischen Herausforderungen durch einen Wechsel im Vorsitz zu gestalten. Die DKP benötigt neue Kraft, neue Ideen, neue Herangehensweisen, um möglichst besser als bisher auch für die Stärkung der Partei selbst Effekte zu erzielen.
- § Es ist auch eine Frage der Kraft, wie Führungsarbeit auf der Ebene des Parteivorsitzenden am effektivsten gestaltet wird. Die Wahrnehmung dieser Funktion erfordert einen hohen Kraft- und Zeitaufwand, um alle Bereiche möglichst gut abzudecken. Die Funktion ist eine Herausforderung für physische und psychische Belastbarkeit. Ein Wechsel im Vorsitz schafft Voraussetzungen, kraftvoller an der Umsetzung beschlossener Politik zu arbeiten.
- § Ich habe ein langes Arbeitsleben hinter mir, habe diese Funktion sehr gern ausgeübt und dennoch muss ich heute feststellen, dass vor allem durch die Belastung und durch innerparteiliche Auseinandersetzungen auch die Gesundheit gelitten hat. Aus meiner Sicht braucht die DKP eine Vorsitzende mit viel Kraft. Bettina ist Marathon-Läuferin. Das sagt schon vieles.

Genossinnen und Genossen,

ich weiß um die Sorge vieler Genossinnen und Genossen, was die Zukunft der Partei anbelangt. Und es ist aus meiner Sicht richtig, wenn oft betont wird, dass wir als DKP jetzt in eine entscheidende Phase möglicher Entwicklungen eintreten. Wir wissen um die Gefahren für die Existenz der DKP. Wir kennen die vielen - leider noch nicht gelösten - Probleme. Hier in diesem Parteivorstand sind wir immer wieder konfrontiert mit der Parteaueinandersetzung, mit den finanzpolitischen Problemen, mit den Mängeln, die wir in der Öffentlichkeits-, in der Theoriearbeit und in fast allen Bereichen haben. Wir wissen, dass wir vor allen Dingen auch in Bezug auf die Entwicklung des Einflusses der DKP in der Jugend vieles zu leisten haben. Wir kennen die Tatsache, dass es nur partiell gelingt, vor Ort einzugreifen und wir teilweise schon nicht mehr in der Lage sind, politisch vor Ort wirksam werden zu können. All das wissen wir sehr genau.

Aber wir wissen auch um den Wert der Deutsche Kommunistischen Partei, ihre politischen Fähigkeiten, die anerkannten Persönlichkeiten, die in unsrer Partei Mitglied sind, die Fähigkeit, die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus auf die konkreten Bedingungen umzusetzen. Wir sind Teil einer großen Bewegung, die sich für den Politikwechsel weltweit in der EU und in der Bundesrepublik Deutschland einsetzt. Wir sind Teil der internationalen kommunistischen Familie und leben den Internationalismus auch in konkreter Umsetzung, z. B. in der Zusammenarbeit der vier Parteien, in EU-Europa oder bei den internationalen Treffen der Kommunistinnen und Kommunisten und in der Europäischen Linken als beobachtende Partei.

Wir müssen uns dieser Verantwortung auch jetzt bewusst weiterhin stellen. Wir kämpfen und wirken in einem außerordentlich wichtigen hochentwickelten kapitalistischen und imperialistischen Land. Es geht in unserem Kampf auch um uns selbst, aber vor allem um politische Veränderungen im Sinne der Bevölkerung und der Völker in ihrem Zusammenleben in der Welt. Seien wir uns diesen Herausforderungen bewusst, bereiten wir einen konstruktiven Parteitag vor.

# 11. Tagung des Parteivorstands der DKP

27. Juni 2010, Essen

---

## Der Parteivorstand hat beschlossen :

1. seinen Personalvorschlag an den Parteitag für den neu zu wählenden Parteivorstand auf 32 Genossinnen und Genossen incl. Vorsitzende/r und der StellvertreterInnen zu begrenzen.
2. seinen Vorschlag so zu **quotieren**, dass er der Anforderung des Statuts entspricht, nämlich mindestens dem Verhältnis des Frauenanteils an der Mitgliedschaft. Der gewählte Vorschlag für den Parteivorstand entspricht einer Frauenquote von 40,62 %. Der Anteil von Genossinnen in der Mitgliedschaft der DKP(Stand Mitgliedsbuchneuausgabe) beträgt 33.%.
3. Die Genossin **Bettina Jürgensen** aus Schleswig Holstein **zur Wahl der neuen Vorsitzenden vorzuschlagen**
4. Zwei stellvertretende Vorsitzende dem Parteitag vorzuschlagen.
5. **Die Genossin Nina Hager** aus Berlin **und der Genosse Leo Mayer** aus Südbayern werden als **Stellvertretende Vorsitzende der DKP vorgeschlagen.**

## Vorschlag für den neuen Parteivorstand :

### weiblich

Bauermann, Susann	Saarland
Berger, Yrida	Niedersachsen
Freyeisen, Brunhilde	Hessen
Frohnweiler, Anne	Rheinl.Westf.
Glitscher, Vera	Baden-W.
Hager, Nina	Berlin
Jürgensen, Bettina	Schleswig-H
Krüger, Anetta	Rheinl.-Westf.
Köster, Marion	Ruhr-Westf.
Paape, Isabella	Nordbayern
Petermann, Eva	Hessen
Richter, Wera	Berlin
Schall, Silvia	Rheinl-Pfalz

### männlich

Ballin, August	Nordbayern
Brenner, Hans-Peter	Rheinl.-Westf.
Fricke, Detlef	Niedersachsen
Fritsch, Uwe	Niederesachsen
Fuchs, Armin	Bremen
Guzzoni, Hendrijk	Baden-W.
Hagenhofer, Thomas	Saarland
Harms Olaf	Hamburg
Hofner, Gebhard	Hessen
Kniesburgs, Hubert	Ruhr-Westf.
Liermann, Thomas	Rheinl.-Westf.
Mayer, Leonhard	Südbayern
Maerks, Michael	Baden-W.
Metzroth, Volker	Reinhl.-Pfalz
Sarbok, Werner	Ruhr-Westf.

Schamberger, Kerem	Südbayern
Stehr, Heinz	Schleswig.-H.
Teuber, Wolfgang	Schleswig.-H.
Weißmann, Klaus	Rheinl.Westf.

---

#### **Vorschlag für die Zentrale Revisionskommission**

##### **weiblich**

Marotzki, Gerda	Niedersachsen
Sittner, Margrit	Ruhr-Westf.

##### **männlich**

Gohl, Peter	Hamburg
Moses, Artur	Saarland
Wirth, Kurt	Südbayern

Der Vorschlag für die Wahl der ZSK wird auf der 12. PV-Tagung (Ende August) weiter beraten und beschlossen.

#### **Für die vorläufige Antragskommission** wurden die GenossInnen gewählt:

Hager, Nina  
Fricke, Detlef  
Listel, Walter  
Richter Wolfgang  
Will Andrea

Der entgeltliche Vorschlag für die Antragskommission für den Parteitag kann erst nach Abschluss aller Bezirks- und Landeskonferenzen erarbeitet gewählt werden.

# 10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

---

## Antrag des Parteivorstandes zur Veränderung des Statutes der DKP

### Wahl der Delegierten zum Parteitag

#### Im Artikel 6 sind die Absätze 5 und 6 zu streichen

#### Der erste Satz des Absatzes 4. im Artikel 7 wird neu gefaßt:

(Die Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz wählt zweijährlich:) ☆

.....

entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel und in Abstimmung mit den Kreisorganisationen so viele Parteitagsdelegierte, wie dies der Anzahl der abgerechneten Mitglieder entspricht.

Hiervon abweichend können die Delegierten oder ein Teil von ihnen auf Beschluß der Landes- bzw. Bezirksvorstände auf Kreiskonferenzen gewählt werden.

Die Verteilung der Delegierten auf die Kreise richtet sich dann nach der Zahl der abgerechneten Mitglieder.

Bezirkliche Regelungen müssen das Wahlrecht der Mitglieder jener Kreisorganisationen, für die sich kein Delegierter errechnet ebenso garantieren wie das der Mitglieder kreisfreier Gruppen, aber auch die Einhaltung der Quotierung.

Die Gesamtzahl der gewählten Delegierten eines Bezirkes darf die vom Delegiertenschlüssel des Parteivorstandes vorgegebene Zahl nicht überschreiten.

#### Der zweite Satz des Absatzes 4. im Artikel 7 wird neu gefaßt:

Er endet mit den Worten „- gewählt werden.“ „mindestens aber 3 Delegierte“ entfällt. Der letzte Satz bleibt bestehen.

### Begründung

Die derzeitigen Regelungen des Statutes garantieren nicht, daß das Stimmrecht jedes Mitglieds der DKP in etwa das gleiche Gewicht hat .

Die immer noch geringe Mitgliederzahl ebenso wie unterschiedliche Realitäten in den Bezirken (einige ganz ohne Kreisorganisationen, andere teils mit Minikreisen, kreisfreien Gruppen etc.) können zu Verzerrungen führen, bei denen aktuell ein Delegierter etwa 12, ein anderer bis zu 35 Mitglieder vertritt.

Die Wahl der Delegierten auf Bezirksebene entspricht am Besten den Ansprüchen bezüglich der Gleichwertigkeit aller Stimmen, der Quotierung, aber auch der Berücksichtigung politischer Schwerpunkte.

Wo Bezirke oder Landesorganisationen aus ihrer konkreten Situation heraus weiterhin die Wahl von Delegierten in den Kreisen für angebracht halten, soll dies unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichwertigkeit aller Stimmen weiter möglich sein.

Kandidaten zu parlamentarischen Wahlen sind nach den Bestimmungen der jeweiligen Landesgesetze zu wählen, nicht auf den Kreisversammlungen und –konferenzen unserer Untergliederungen, die oftmals von kommunalen Grenzen stark abweichen.

☆ Die Konferenzen können sowohl als Delegiertenkonferenzen als auch als Mitgliederversammlungen durchgeführt werden

Abstimmung: bei 3 Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen

# 10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

---

## **Beschluß des Parteivorstandes**

Der Parteivorstand beschließt, das **17. Pressefest der UZ-Fest der Solidarität** wird für die Zeit vom 24. Juni bis 26. Juni 2011 vorbereitet.

Das Sekretariat wird beauftragt eine kleine Arbeitsgruppe zu bilden, die die organisatorischen Grundlagen – inhaltliche Konzeption und Finanzrahmenplanung – erarbeitet.

Nach dem 19. Parteitag werden die Arbeitsergebnisse im Parteivorstand bewertet und die weitere Vorbereitung organisiert.

Abstimmung: Bei 1 Nein und 3 Enthaltungen angenommen.

## Aufruf

### **Dortmund stellt sich quer! Sie werden nicht durchkommen!**

Zum 6. Mal in Folge wollen Neofaschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 4. September mobilisieren sie europaweit in die Ruhrgebietsmetropole. Nach dem erfolgreich verhinderten Großaufmarsch der Neonazis in Dresden gilt der so genannte „Nationale Antikriegstag“ in Dortmund als wichtigste Nagelprobe der so genannten „Autonomen Nationalisten“ bundesweit.

Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Hochburg militanter Neonazis entwickelt. Brutale Übergriffe auf MigrantInnen und linke Jugendliche, auf alternative Buchläden und Zentren, Parteibüros und Privatwohnungen von Antifaschistinnen und Antifaschisten häufen sich. Am 1. Mai 2009 griffen Neofaschisten die 1. Mai-Demo des DGB an.

### **Die Nazis sagen, Dortmund sei ihre Stadt. Wir sagen: Niemals!**

Polizei und Politik haben das Problem seit Jahren verharmlost. Dadurch tragen sie Verantwortung für das Erstarren der Neofaschisten in Dortmund. Sie haben verharmlost, obwohl seit dem Jahr 2000 vier Morde auf das Konto der Neonazis gehen: drei Polizisten wurden von dem Neonazi Michael Berger erschossen, der Punk Thomas Schulz von einem jugendlichen Neofaschisten erstochen. Aber die Polizei bleibt ihrer Linie treu: Antifaschistisches Engagement wird immer wieder behindert, Neonazis können nahezu ungestört agieren.

Der Antikriegstag erinnert an den faschistischen Überfall der Nazis am 1. September 1939 auf Polen, der Beginn eines Raub- und Vernichtungskrieges, der die Welt in Brand steckte und über 50 Millionen Tote hinterließ. Bereits in den letzten Jahren zogen Neonazis mit der Losung „Nie wieder Krieg!“ durch Dortmunds Straßen. Sie fügten hinzu: „Nach unserem Sieg!“ – also dem Sieg des „Nationalen Sozialismus“, des Nationalsozialismus.

Die deutschen Neonazis stehen in der Tradition der NSDAP. Sie bejubeln den beispiellosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit 17 Millionen toten Zivilisten ebenso wie die barbarische Massenvernichtung der Juden. Sie leugnen die Verbrechen der Wehrmacht und der SS und tragen Slogans wie „Unser Großvater war ein Held!“ vor sich her.

Mit sozialer und antikapitalistischer Demagogie versuchen sich die Neonazis als „Friedensengel“ darzustellen. Sie nutzen in der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Existenzangst der Menschen und besonders der Jugend für ihre rassistische und kriegsverherrlichende Ideologie im Angesicht sozialen Abstiegs. Setzen wir ihnen unseren Widerstand und unsere Politik der Aufklärung und Solidarität entgegen!

### **Verhindern wir gemeinsam einen neuerlichen Großaufmarsch der Nazis durch Dortmund! Fordern wir den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!**

Wir rufen alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Gegner von Krieg und Besatzung, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dazu auf, den Aufmarsch der Neofaschisten am 4. September durch entschlossene Blockaden gemeinsam zu verhindern! Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die der zunehmenden Kriegspropaganda eine Absage erteilen und dem Nazi-aufmarsch in Sicht- und Hörweite entgegen treten wollen.

**Beteiligt Euch an den vom Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ geplanten Demonstrationen und Blockaden! Der Antikriegstag gehört uns! Wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht!**

**Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“**



### **Leistet Widerstand!**

Arbeitslose, wenn sie euch jetzt durch neue kommunale Zwangsarbeitsdienste den Rest an Menschenwürde nehmen wollen, den sie euch noch gelassen haben, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Hartz IV-Empfänger, wenn sie euch nicht mehr Rentenversichern, weil sie der Auffassung sind, dass ihr ohnehin nicht so alt werden braucht, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Eltern, wenn sie euch die Unterstützung für die Kindererziehung nehmen wollen, weil sie statt in die Zukunft eurer Kinder in die Zukunft systemrelevanter Banken und Unternehmen investieren, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Wohngeldempfänger, wenn sie euch den Heizkostenzuschuss streichen, weil sie meinen, dass es in Deutschland durch die Klimakatastrophe und längere AKW-Laufzeiten warm genug ist, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Familien, wenn sie euch weismachen, dass ihr auch aus eigenem Verschulden als Leistungsempfänger bei den Tafeln euer Essen kaufen müsst, während die sogenannten Leistungsträger an den anderen Tafeln tafeln können, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Kinder, wenn sie euren Eltern jetzt auch das Elterngeld von Hartz IV nehmen, obwohl sie wissen, dass über 1,3 Millionen Kinder in Deutschland von Armut betroffen sind, und sie euch vorlügen, dass ihr trotzdem die gleichen Chancen wie andere Kinder habt, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Alleinerziehende Mütter, wenn ihr tagsüber mit euren Kindern durch die Innenstädte irrt, damit euch zuhause nicht die Decke auf den Kopf fällt, ihr von den letzten zwei Euro vierzig eurem Kleinkind ein Gebäckstück beim Bäcker kauft, und abends dann im Fernsehen hört, dass Deutschland ein Kinder- und Familienfreundliches Land ist, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Deutsche, wenn sie euch wieder einmal demagogisch vorgaukeln, dass an der Krise nicht das herrschende Profitsystem von Banken und Unternehmen schuld ist, sondern eure ausländischen Nachbarn, denen es oft noch schlechter geht als euch, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

Bürgerinnen und Bürger, wenn sie euch immer wieder predigen, dass ihr über eure Verhältnisse gelebt habt, obgleich ihr genau wisst, dass die herrschenden Verhältnisse andauernd von uns leben, dann gibt es nur eines:

**Leistet Widerstand!**

*(frei nach W. Borchert / einheiztextdienst)*

Aktiver Widerstand gegen die Sparpläne der Bundesregierung ist nötig! KünstlerInnen, Kulturschaffende und andere UnterzeichnerInnen der Initiative [www.unruhestiften.de](http://www.unruhestiften.de) in Deutschland leisten dazu ihren Beitrag: vor Ort bei Aktionen, mit ihrem künstlerischen und kulturellen Schaffen!

Wir rufen auf zur Beteiligung an den vom DGB geplanten Herbstaktionen! Die gewerkschaftlichen Proteste werden sich rund um den vom europäischen Gewerkschaftsbund vorgeschlagenen europäischen Aktionstag am 29. September 2010 gruppieren. Nähere Informationen sind über die DGB-Geschäftsstellen zu erfragen.

# Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung  
**den Stopp aller Kampfhandlungen,  
den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus  
Afghanistan,  
den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der  
Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren  
Bedürfnissen.**

So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in  
Afghanistan eine Chance.

## **Vor- u. Zuname Anschrift Unterschrift**

*Die Unterschriftensammlung wird von einem breiten Bündnis der deutschen Friedensbe-  
wegung*

*getragen. Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören u.a. folgende bundesweite Organisatio-  
nen:*

*Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) \* Bundesausschuss Friedensratschlag \*  
Bund*

*für Soziale Verteidigung (BSV) \* Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienst-  
gegnerInnen*

*(DFG-VK) \* Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V. \* Juristinnen und  
Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) \* Internationale Ärzte  
für die*

*Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) \* Kooperation für  
den*

*Frieden \* Naturwissenschaftlerinitiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit \* pax christi,  
Internationale Katholische Friedensbewegung, Deutsche Sektion \* Vereinigung der Verfolg-  
ten des*

*Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)*

**Bitte einsenden an:** Friedens- und Zukunftswerkstatt, c/o Gewerkschaftshaus, Wil-  
helm-

Leuschner-Straße 69 –77, 60329 Frankfurt am Main

Oder an: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn